Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 58. **Donnerstag, 8. März 1928, abends.** **81. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle Goethestraße 65. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der Schutz der deutschen Viehzucht.

Die allgemeine Viehzählung vom 1. Dezember 1927 ergibt eine neue, vom Standpunkt der deutschen Volkswirtschaft aus, erfreuliche Vermehrung des Viehbestandes. Aber leider ist diese Zunahme keine gleichmäßige. Weitaus am stärksten hat sich wieder der Schweinebestand vermehrt, nämlich von 19,4 Millionen Stück im Vorjahre auf 22,88 Millionen, also um fast 3,5 Millionen Stück oder 18 Prozent. Dagegen ist die Zunahme des Rindviehbestandes von 17,2 Mill. auf 17,98 Millionen, also um 760 000 Stück oder 4,4 Prozent wesentlich geringer. Ein Vergleich mit dem deutschen Viehbestande im Jahre 1913 zeigt, daß der damalige Schweinebestand bereits überschritten ist, daß aber der Rinderbestand noch immer um fast ¾ Million hinter dem der Vorkriegszeit zurückbleibt. Dazu kommt dann noch, daß die deutsche Landwirtschaft sich bei der Rindviehzucht immer mehr der Pflege der Milchwirtschaft zuwendet, was an sich durchaus richtig ist und auch im Interesse der Volksernährung liegt. Aber die Versorgung des deutschen Marktes mit Ochsenfleisch wird dadurch gemindert, was auch daraus hervorgeht, daß nach den Ergebnissen der Viehzählung die Zahl der Milchkühe um 122 000 Stück zugenommen, die der 2 Jahre alten und älteren Bullen, Stiere und Ochsen aber sogar um fast 5000 Stück abgenommen hat.

Das starke Zurückbleiben des Bestandes an Bullen, Stieren und Ochsen hinter dem der Vorkriegszahl ist zweifellos auch die wichtigste Ursache für die viel zu hohe deutsche Fleischeinfuhr. Der Import von Rindfleisch war im Jahre 1927 fast dreimal so groß wie im Durchschnitt der drei letzten Vorkriegsjahre. Diese Einfuhr, die für die deutsche Handelsbilanz überaus schädlich ist, kann freilich keineswegs dadurch ersetzt werden, daß die Schweinehaltung der deutschen Landwirtschaft noch gesteigert wird. Das einzige wirksame Mittel wäre vielmehr eine Erhöhung des deutschen Frischfleischzolles, unter dessen Schutze die deutsche Landwirtschaft ihre Rindviehhaltung, und namentlich die Zucht von Schlachtochsen wieder verbessern könnte. Alle Erfahrungen lehren nämlich, daß es nicht möglich ist, das jetzt fehlende Rindfleisch etwa durch Vermehrung der Schweinefleischproduktion im Inlande zu ersetzen, weil sich eine Geschmackswandlung des fleischverbrauchenden Publikums nicht erzwingen läßt. Im Verhältnis zu der Richtung der Verbrauchernachfrage ist heute in Deutschland das Schweinefleischangebot zu groß und das Rindfleischangebot zu gering.

Diese Erfahrungen sind leider auch bei der Ausarbeitung des gegenwärtig zur Beratung stehenden landwirtschaftlichen Notprogramms nicht genügend berücksichtigt worden. Das Notprogramm umfaßt nämlich keinerlei wirksame Maßnahmen, um entweder die zu hohe Schweinefleischproduktion in Deutschland durch erhöhte Futtermittelzölle einzuschränken, oder aber für diesen Schweineüberschuß neuen Absatz zu schaffen. Die einzige Maßnahme, die zur Behebung der Notlage der viehzüchtenden Landwirtschaft vorgeschlagen wird, ist die ratenweise Herabsetzung des Gefrierfleischkontingents auf 50 000 Tonnen jährlich. Aber dieses Gefrierfleisch dient fast ausschließlich der Ernährung minderbemittelter Volksschichten, namentlich der Industriearbeiter in den Großstädten und im Ruhrgebiet sowie in anderen Industrierevieren. Es ist schon wegen des großen Preisunterschiedes zwischen diesem kontingentierten Gefrierfleisch und dem deutschen Schweinefleisch nicht anzunehmen, daß die Gefrierfleischverbraucher nach der Durchführung des Kontingentialabbaus entsprechende Mengen deutschen Schweinefleischs konsumieren werden. Dazu kommt noch, daß auch die Arbeiterschaft mehr und mehr zum Rindfleischgenuß übergeht, daß aber als Verbraucher des deutschen Rindfleisches die minderbemittelten Kreise, die bisher mit kontingentiertem Gefrierfleisch beliefert wurden, erst recht nicht in Frage kommen. Aller Wahrscheinlichkeit nach würde also die Herabsetzung des Gefrierfleischkontingents der deutschen Landwirtschaft und namentlich der deutschen Viehzucht nicht im geringsten helfen. Sie soll zur Beruhigung der über die heutigen Nöte der Landwirtschaft mit Recht erregten Bauernkreise dienen, wird aber schon wegen der viel zu schwachen Kaufkraft der bisherigen Konsumenten des kontingentierten Gefrierfleisches unwirksam bleiben, falls sie im Reichstage überhaupt eine Mehrheit findet.

Die Nöte der viehzüchtenden deutschen Landwirtschaft erfordern andere, weit durchgreifendere Maßnahmen. Vor allem ist zu fordern, daß angesichts des deutschen Schweineüberschusses, den die Viehzählung deutlich erwiesen hat, die Einfuhr von Schweinen und frischem Schweinefleisch ferngehalten wird. Der polnische Handelsvertrag mit dem geplanten hohen Einfuhrkontingent für polnische Schweine birgt für die Landwirtschaft eine Gefahr, die hundertmal größer ist als der zweifelhafte Nutzen, den ihr die Einschränkung der Gefrierfleischkontingente verschaffen könnte. Die Not der Landwirtschaft ist heute aber viel zu ernst, als daß man ihre Unzufriedenheit durch so unwirksame Beruhigungsmittelchen, wie den Abbau der Gefrierfleischkontingente, beseitigen könnte.

Die gestrige Phoebus-Besprechung.

)(Berlin. Ueber die gestrige Besprechung des Reichskanzlers Dr. Marx mit den Parteiführern über die Phoebus-Angelegenheit wissen einige Blätter noch Einzelheiten mitzuteilen:

So schreibt die Vossische Zeitung: Der dem Parlament zu unterbreitende Bericht soll nach den feierlichen Versprechungen des Reichskanzlers alles enthalten, was der Reichstag wissen muß. Es werden dabei auch Einzelheiten im Bericht enthalten sein, die bisher nicht bekanntgeworden sind. Der Bericht wird vor allen Dingen alles Tatsächliche umfassen und alle budgetrechtlichen Fragen behandeln. Der Reichskanzler gab zu, daß arge Verfehlungen vorgekommen sind, daß aber alle Vorkehrungen getroffen seien, um eine Wiederholung solcher Vorfälle unmöglich zu machen. Die sogenannten „schwarzen Fonds" sind restlos ausgeräumt. Es ist kein Pfennig mehr da, der ohne Wissen des Reichstags ausgegeben werden kann. Mit dem vom Reichskanzler beabsichtigten Vorgehen haben sich die Parteiführer — also auch die Demokraten und die Sozialdemokraten — im wesentlichen einverstanden erklärt. Sowohl die Demokraten als auch die Sozialdemokraten erklärten, daß sie ihre endgültige Stellungnahme erst treffen wollen, wenn der Bericht vorliegt und von ihnen geprüft worden ist. Was die Frage der Verhinderung einer Wiederholung solcher Vorkommnisse anbetrifft, so ist man, wie es im Lokalanzeiger heißt, zu dem Ergebnis gekommen, daß ein neuer Ausschuß des Kabinetts gebildet werden soll, der als Kontrollinstanz nicht nur über das Reichswehrministerium, sondern über alle Ressorts der Reichsregierung wachen soll. Eine derartige ministerielle Kontrollinstanz könne durch einfachen Kabinettsbeschluß eingesetzt werden.

Nach den Parteiführer-Besprechungen fand noch eine Ministerbesprechung statt, in der im wesentlichen das Ergebnis der Unterredungen mit den Parlamentariern zur Kenntnis genommen wurde.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann, wird, wie es im Lokalanzeiger heißt, erst am Montag von Genf nach Berlin zurückkehren, hat also seine ursprüngliche Absicht, mit Rücksicht auf die innerpolitische Lage sofort nach Berlin zurückzukommen, wieder aufgegeben. Wie die Blätter schließlich mitteilen, wird die Debatte über den Phoebus-Bericht im Hauptausschuß am Dienstag stattfinden und zwar wird vermutlich der Reichskanzler selbst, wenn es sein Gesundheitszustand erlaubt, den Bericht erläutern.

Beileidskundgebungen zum Tode Mayrischs.

)(Luxemburg. Anläßlich des Todes des Präsidenten der Internationalen Rohstahlgemeinschaft Mayrisch ist bei Frau Mayrisch folgendes Beileidstelegramm des Reichsministers des Auswärtigen Dr. Stresemann eingegangen:

Zu dem tragischen Tod Ihres Gatten, unter dessen führender Mitwirkung wertvolle Wiederaufbauarbeit der europäischen Wirtschaft geleistet worden ist, spreche ich Ihnen mein aufrichtigstes Beileid aus. Die großen Verdienste des Verstorbenen werden ihm ein ehrendes Andenken sichern.

Ferner hat die französische Regierung durch ihren bevollmächtigten Gesandten in Luxemburg Frau Mayrisch ihr Beileid ausgesprochen

Ungarn vor dem Völkerbundsrat.

Abschluß der Sicherheitstagung.

Die ungarischen Fragen vor dem Völkerbundsrat.

)(Genf. Der Völkerbundsrat wird, wie der Sonderberichterstatter des VDZ.-Büros meldet, voraussichtlich heute den ungarisch-rumänischen Optantenkonflikt behandeln, obwohl man sich auf allen Seiten darüber klar ist, daß man sich im Augenblick in einer vollkommenen Sackgasse befindet, ein Umstand, der um so bedenklicher ist, als es sich nicht nur um die Entscheidung über große Vermögenswerte handelt, sondern auch um die grundsätzliche, ungemein wichtige Frage des unabhängigen Funktionierens und der Autorität der durch die Friedensverträge eingesetzten gemischten Schiedsgerichte. Man weiß tatsächlich nicht, welcher Einfluß dem Völkerbundsrat noch möglich ist, nachdem in diesem völkerrechtlich und privatrechtlich gleich interessanten Streitfall Rumänien die ungarischen Transaktionsvorschläge vom Dezember abgelehnt und umgekehrt Ungarn die rumänischen Vorschläge als vollkommen unannehmbar bezeichnet hat.

Nicht weniger lebhaft ist natürlich das allgemeine Interesse an der Entwicklung der heute in öffentlicher Sitzung behandelten Investigationsfrage der Kleinen Entente gegen Ungarn. Allgemein wird es mit Genugtuung verzeichnet, daß Titulescu als Sprecher der Kleinen Entente trotz der scharf formulierten Erklärungen des ungarischen Vertreters konsequent versucht hat, der Angelegenheit jeden Anschein zu nehmen, als ob die Kleine Entente gegen Ungarn als Ankläger auftrete. Allerdings blieb nicht unbeachtet, daß zwischen der Erklärung Titulescus und den Erklärungen der Vertreter Jugoslawiens und der Tschechoslowakei insofern ein unwesentlicher Unterschied bestand, als diese letzteren auf ihrem anfangs Februar gestellten Antrag auf Einleitung eines Investigationsverfahrens auf Grund der entsprechenden Ratsbeschlüsse nochmals Bezug genommen haben. Trotzdem glaubt man, daß auch unbeschadet der Anspielungen, die von Briand und Sciaioja gegenseitig ausgetauscht wurden, keine Macht ein Interesse daran hat, die Angelegenheit über Gebühr aufzuziehen. Dagegen ist damit zu rechnen, daß auf einer der nächsten Ratstagungen die grundsätzliche Frage der Befugnisse des Ratspräsidenten außerhalb der Sessionen eine eingehende Erörterung erfahren wird, wobei aber eine Aenderung bezw. Verschärfung des Investigationsprotokolls in keiner Weise in Frage steht.

Der Austritt Spaniens und Brasiliens aus dem Völkerbund.

)(Genf. Gutem Vernehmen nach wird sich der Völkerbundsrat in einer seiner nächsten Sitzungen und vielleicht schon im Laufe des heutigen Tages mit den Austrittserklärungen Brasiliens und Spaniens beschäftigen, für deren Wirksamwerden die in der Völkerbundssatzung vorgesehene zweijährige Frist Mitte Juni bezw. Anfang September dieses Jahres abläuft. Man darf annehmen, daß der Völkerbundsrat irgendeine Geste unternehmen wird, um beiden Ländern eine Zurückziehung ihrer Austrittserklärung zu ermöglichen bezw. zu erleichtern. Weiter wird bekannt, daß das heute eingesetzte Ratskomitee zur Untersuchung des Zwischenfalles von Szent Gotthard am nächsten Sonnabend seinen ersten Bericht erstatten wird. In welcher Richtung sich die Vorschläge des Ratskomitees bewegen werden, läßt sich heute noch nicht übersehen. Doch ist man allgemein bemüht, einen möglichst einstimmigen Beschluß des Völkerbundsrats zustandezubringen, wobei, wie der Verlauf der heutigen öffentlichen Verhandlung zeigt, auf keinen Fall mehr an die Einleitung eines eigentlichen Investigationsverfahrens gedacht wird.

Abschluß der zweiten Tagung des Sicherheitskomitees.

)(Genf. Das Sicherheitskomitee hat in der gestrigen Schlußsitzung seiner zweiten Tagung beschlossen, spätestens Ende Juni d. Js. zu seiner dritten Tagung zusammenzutreten. Auf dieser Tagung sollen die jetzt ausgearbeiteten Vertragsmuster in zweiter Lesung beraten werden, ferner die deutsche Anregung über einstweilige Maßnahmen zur Kriegsverhütung, über die bis dahin ein Bericht des belgischen Vertreters Rolin Jacquemyns vorliegen wird. Ferner soll die Prüfung der zweiseitigen Vertragstypen und der in den Artikeln 10, 11 und 16 des Völkerbundspaktes enthaltenen Sicherheitsmöglichkeiten fortgesetzt werden.

Im Auftrag des Redaktionskomitees gab der griechische Vertreter Politis einen zusammenfassenden Ueberblick über die vom Sicherheitskomitee geleistete Arbeit und über den allgemeinen Aufbau des bei der Ausarbeitung der verschiedenen Vertragstypen befolgten Systems, und zog hierbei eine interessante Parallele zu den Locarnoverträgen, indem er darauf hinwies, daß die vom Sicherheitskomitee angenommenen Verträge keine Garantie durch dritte Mächte, keine entmilitarisierte Zone, und wenigstens im Gegensatz zum Rheinpakt keine über die Bestimmungen des Völkerbundspaktes hinausgehende Garantierung des territorialen status quo enthalten.

In seinem Schlußwort würdigte der Vorsitzende des Komitees, Benesch, die politische Bedeutung der zweiten Tagung des Sicherheitskomitees, das für eine allgemeine Völkerbundspolitik wenigstens eine der möglichen Linien vorgezeichnet habe, indem es die drei Grundsätze, Verzicht auf die Kriegführung im allgemeinen, Verpflichtung zur friedlichen Regelung aller Konflikte und Verpflichtung zur gegenseitigen Unterstützung aufgestellt habe, dabei es aber den Staaten überlasse, ob sie diese Grundsätze im ganzen oder nur mit den ihnen erforderlich erscheinenden Einschränkungen annehmen wollen. Auf diese Weise sei man aus den allgemeinen theoretischen Erörterungen herausgekommen. Wenn die vom Sicherheitskomitee angenommenen und noch anzunehmenden Resolutionen und Vertragstypen vom Rat und der Versammlung angenommen seien, werde die Hauptaufgabe des Völkerbundes erledigt und die Weiterförderung der Angelegenheit Sache der Regierungen sein.

Lord Cushendun widmete zum Schluß der sachkundigen und zielbewußten Arbeit des Vorsitzenden des Komitees Worte besonderer Anerkennung.

Hindernisse für die portugiesische Völkerbundsanleihe.

Genf. (Funkspruch.) Das Gesuch der portugiesischen Regierung um Ermächtigung zur Aufnahme einer internationalen Anleihe, mit dem sich das hierfür eingesetzte Ratskomitee und das Finanzkomitee in den letzten Tagen wiederholt befaßten, ist auf Schwierigkeiten gestoßen, da die portugiesische Regierung die vom Finanzkomitee vorgeschlagenen Kontrollmaßnahmen in ihrer jetzigen Form nicht annehmen will, obwohl über die meisten anderen Punkte eine Einigung bereits erzielt ist.